

unteren Dnjepr versuchen die Russen wohl hier und da noch weiter anzugreifen, aber im großen und ganzen hat sich hier ein Stellungskrieg entwickelt und die Russen sehen ein, daß gegen die starken Positionen der Österreicher auf dem linken Ufer nichts auszurichten ist.

Mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die österreichisch-ungarischen Truppen am Dnjepr zu kämpfen hatten, geht aus folgender Schilderung des Sonderberichterstatters des Moskauer Büreaus, Richard Schott, hervor: Am Mitternacht hatte nach erfolgloser Artillerievorbereitung der Infanterieangriff mit der Überschreitung des Stromes eingeleitet. Unter dem Schutze der Nacht und eines dichten Nebels, der in den ersten Morgenstunden aus den Uferwäldern aufgestiegen war, hatten die Pioniere ihre Pontons herangeführt und die ersten Truppen den Übergang erzwungen. Die das Ufer besetzt haltenden feindlichen Vortruppen waren verjagt oder gefangen genommen worden. Nur an einzelnen Stellen, wo die Steile des Ufers und andere natürliche Verteidigungsmittel unsere Sturmkolonnen aufgehalten und es dem Gegner ermöglicht hatten, Verstärkungen heranzuziehen, war bis in den Vormittag hinein erbittert gekämpft worden. Bis an den Hals im Wasser stehend hatten hier unsere tapferen Kämpfer mehr als zehn Stunden lang aushalten müssen. Um schließlich zu können, hatte der Hintermann den Vordermann immer in die Höhe heben müssen. Mancher Brücke war, von feindlicher Artillerie getroffen, durch die reichende Strömung fortgerissen worden. Doch endlich war es auch hier „geschafft“ worden. Nur in einer Kniekehle hielt sich noch immer eine Abteilung finnischer Schützen, die mit ihrem Gewehr und Maschinenengewehr unserer Truppen hart zusah. Endlich aber gelang es, sie zu umzingeln und gefangen zu nehmen, und nun war in der ganzen Gegend die Division das nördliche Ufer in unserem Besitz. Bald war es möglich, wenn auch unter heftigstem Feuer der russischen Artillerie einige Brücken und Laufwege anzulegen und einen Teil der Batterien herüberzuführen. Teil war der Angriff auf die feindlichen Hauptstellungen auf den jenseitigen Höhen in vollem Gange. Am nächsten Morgen wurden sie endgültig von den Unsrigen besetzt.

Wer plündert in Frankreich?

„Excellor“ vom 7. Juli 1916 brachte folgende Notiz: Im Laufe des vergangenen März wurde in Verfolgung gewisser Kathoden bei Frau Troust in Paris Hausdurchsuchung abgehalten. Man fand Gegenstände verdächtigen Ursprungs, vor allem zwei Ordmannsrevolver samt Patronen, alte Panzeren und Leinwand. Zur Verantwortung gezogen, erklärte die Frau Troust, daß ihr all das von ihrem Manne, Adjutant beim 70. Territorial-Regiment, übermittelt worden sei, der die Panzeren aus dem Schloß von Grouen, wo seine Abteilung untergebracht war, genommen habe. Ein Haftbefehl wurde sofort gegen den Unteroffizier, der zur Front abgegangen war, erlassen; der Unteroffizier aber verübte, sobald er sich entdeckt sah, Selbstmord, indem er sich zwei Kugeln in den Kopf schob, unter Verleugung seiner Unschuld. Seine Frau erschien gestern vor dem Kriegsgericht unter Anklage der Mithäufung am Diebstahl durch Hehlerei. Nach dem Plaidoyer wurde Frau Troust freigesprochen.

Der „Excellor“ nennt das einen „dramatischen Vorfall“. Wir nennen es eine neue Bestätigung der bereits genügend erhärteten Tatsache, daß die französischen Soldaten im eigenen Lande plündern. (W.L.B.)

„Ein wahrhaft mongolisches System.“

Unter dieser Epithete schreibt die Krasauer „Naprzod“: Wie wir aus dem Gouvernment Radom erfahren, haben dort die Russen bei ihrem Rückzuge 200 Dörfer aus militärischen Rücksichten völlig niedergebrannt. Ebenso sind auch zahlreiche Dörfer im Gouvernment Lublin vollständig zerstört worden. Alle Jünglinge und Männer von 15 bis 30 Jahren, aber auch viele Mädchen haben die Russen vor sich hergetrieben und in die Gefangenschaft abgeführt, zurückgelassen haben die Russen nur alte Männer, Frauen, Kinder und Trümmerhaufen, alles dies nur, damit die vorrückenden deutschen und österreichischen Truppen nichts mehr vorfinden.

Einzug der russischen Rekrutenjahrgänge.

Petersburg, 21. Juli.
Die Zeitung „Njtsch“ meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, noch im Laufe des Jahres 1916 die im Jahre 1896 geborenen Wehrpflichtigen, die nach den geltenden Bestimmungen erst im Jahre 1917 zu dienen haben, einzuziehen.

Englands russische Räte.

Der Militärkritiker des „Daily Telegraph“ schreibt: Das Schicksal der englischen Armee in Mandschurien und des englischen Volkes dabei ist eng mit dem ungeheuren Kampfe zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere verknüpft; die endgültige Entscheidung, die der einen oder der anderen Partei Niederlage oder Sieg verleiht, dürfte auf dem östlichen Kriegsschauplatz fallen.

Die neue Niederlage der Italiener.

Die Italiener fahren — wohl auf mahnende Weisung von Paris aus, die Herr Borro überbrachte — in ihren Angriffen auf die Mongolische mit größerer Bestigkeit fort und richten sie besonders gegen den Götzer Brückenkopf und das Plateau von Dobardo. Der Mut der italienischen Truppen mußte nicht nur durch sehr starke Verkleinerung von Artilleriemunition, sondern auch durch Alkohol angeleitet werden. Die gegen den Abschnitt von Bobara angelegte erste Infanteriedivision hatte des edlen Weines soviel gependelt bekommen, daß die Soldaten, wie der österreichische Heeresbericht feststellt, vollständig betrunken waren. Überall erstikten die Italiener sehr schwere Verluste und wurden zurückgeschlagen. Die Artillerie, die sehr zahlreich war, unterlag dem vernichtenden Feuer der österreichischen Artillerie, die mehrere feindliche Batterien völlig vernichteten. Im Raume südlich des Aru wurden zwei heftige Angriffe der Alpini zurückgewiesen. Die neu von den Österreichern verlorene Stellung südlich Schuberbad wurde den Italienern wieder abgenommen. In Italien rufen die ständigen Misserfolge große Niederlagen hervor.

Deutsche in fremden Munitionsfabriken

Eine amtliche Warnung.

Durch W.L.B. wird folgende amtliche Warnung an in ausländischen Munitionsfabriken beschäftigte Deutsche bekanntgegeben:

Wie verlautet, sind in den neutralen Ländern, ins-

besondere in den Vereinigten Staaten von Amerika Personen deutscher Abstammung als Arbeiter, Ingenieure oder in sonstiger Eigenschaft in Betrieben tätig die sich mit der Herstellung von Kriegsbedarf für unsere Feinde befassen.

Alle diejenigen, die auf solche Weise die feindliche Kriegsmacht stärken und dadurch Deutschlands Kriegsführung erschweren, laden nicht nur eine schwere moralische Schuld gegen ihr Vaterland auf sich; sie machen sich auch — was nicht allgemein bekannt zu sein scheint — nach den deutschen Gesetzen wegen Landesverrats strafbar. Der § 89 des Reichsstrafgesetzbuches lautet nämlich:

Ein Deutscher, welcher vorwiegend während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet, oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Ausschluß bis zu 10 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Ferner bestimmt der § 4 Abs. 2 des Strafgesetzbuches, daß ein Deutscher wegen einer landesverratsähnlichen Handlung auch dann verfolgt wird, wenn die Handlung im Ausland begangen ist.

Sodern also Personen, die sich an der Herstellung von Kriegsbedarf für die Feinde Deutschlands beteiligen, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können sie strafgerichtlich verfolgt werden, sobald sie deutschen Boden betreten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutschen Strafverfolgungsbehörden jeden Deutschen, der in dieser Zeit seine Pflichten gegen das Vaterland verlegt, ohne Nachsicht zur Verantwortung ziehen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

→ Nach § 7 der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände vom 8. Juli 1916 kann der Reichsanwalt Ausnahmen von der Einhaltung der festgesetzten Höchstpreise zulassen. Solche Ausnahmen werden, wie hohemäßig erklärt wird, nur für Einzelfälle, nicht allgemein, erteilt werden. Erforderlich ist ein an das Reichsamt des Innern zu richtender Antrag. Der Antragsteller muß durch ein Zeugnis seiner Gemeindebehörde nachweisen, daß er bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Petroleum getrieben hat. Eine Ausnahme wird nur bewilligt für eine bestimmte, genau zu bezeichnende Menge von Petroleum. Über den 31. August 1916 hinaus wird eine Ausnahmebewilligung in keinem Falle erteilt werden.

→ Dem Verlangen auf allgemeine Maßregeln gegen den Lebensmittelwucher beabsichtigt die Reichsregierung jetzt nachzukommen; der Erlaß einer Bundesratsverordnung zur Regelung der Volksernährung steht unmittelbar bevor.

Wie die Nationalzeitung dazu erfahren hat, finden zwischen den zuständigen Berliner Regierungsstellen Verhandlungen über eine Verschärfung der Wucherparagraphen des Strafgesetzbuches statt, um dem neuerdings stark um sich greifenden Wucher mit Lebensmitteln und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs wirksam entgegenzutreten. Damit soll zugleich auf diesem Gebiete ein einheitliches Vorgehen im ganzen Reich gegen diese Art von Wucher ermöglicht und gewährleistet werden. So sehr das Einkommen der verschiedenen militärischen Behörden gegen diese Ausbeutung der Bevölkerung begrüßt worden ist, so ist es doch an manchen Orten auch zu Unarbeiten in Bezug auf die Abgrenzung der Befugnisse von Zivil- und Militärbehörden gekommen. Diesen Unzulänglichkeiten soll für die Zukunft ebenfalls vorgebeugt werden. Es werde wohl demnächst eine entsprechende Vorlage an den Bundesrat kommen. Die Fassung der neuen Paragraphen bietet große Schwierigkeiten, insbesondere die neue Begriffsbestimmung der „Rohlage“, man sei aber auf dem besten Wege, über sie hinwegzukommen.

Berlin, 21. Juli. Bisher wurde nur den zur Wiederherstellung der Gesundheit und den zur Frühjahrbedeckung und zur Ernte in die Heimat beurlaubten Mannschaften freie Eisenbahnfahrt gewährt. Nunmehr ist für sämtliche Mannschaften bei Heimaturlaub während des Krieges freie Eisenbahnfahrt bewilligt worden.

→ Amtlich wird bekanntgegeben: Nachdem kürzlich der zweite deutsch-englische Schiffsverwundeten-Austausch durch Holland hindurch unter entgegenkommendster Mitwirkung der niederländischen Regierung und des niederländischen Roten Kreuzes in durchaus betrieblicher Weise stattgefunden hat, ist diesen beiden Stellen von dem Kaiserlichen Gesandten im Haag der wärmste Dank der deutschen Regierung übermittelt worden.

Österreich-Ungarn.

→ In einem längeren Artikel weist das offizielle „Wiener Fremdenblatt“ darauf hin, daß die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich in steigendem Maße ihre Aufmerksamkeit der künftigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Reichen zuwendet. Allein man müsse sich darüber klar werden, daß die Fortführung der Erörterungen in gegenwärtigen Augenblicke mancherlei Bedenken wachruft. Die Erörterungen seien heute verfrüht, da die militärischen Ereignisse noch im Fluße sind und die künftige politische Gestaltung Europas noch ungewiß ist. Es fehlen darum wichtige Voraussetzungen für eine sachgemäße Beurteilung der handelspolitischen Fragen. Mit Recht hat aus ähnlichen Erwägungen heraus die Deutsche Regierung wiederholt mit großem Ernste gewarnt, sich mit den Friedensbedingungen zu befassen. Derselben Gründe sprechen dafür, auch in den Erörterungen über das künftige handelspolitische Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie eine maßvolle Zurückhaltung zu beobachten.

Großbritannien.

→ Bedenken wegen des allmächtigen Verfassens der englischen Finanzkraft wagen sich mehr und mehr in die Öffentlichkeit. So schreibt der „Daily Telegraph“ sorgenvoll: Wenn wir alles hinter der Herstellung von Munition zurücktreten lassen, wird es uns nicht mehr lange möglich sein, unseren Alliierten als finanzielle Hilfsquelle zu dienen. Ohne unseren Ausfuhrhandel zu einem großen Teil aufrechtzuerhalten, werden wir die Silbernen Ängeln, welche den Krieg gewinnen sollen, nicht zur Verfügung

haben. Die Beschäftigung der Mechaniker müßte so geregelt werden, daß unsere gewöhnliche Ausfuhrindustrie auf einem möglichst hohen Standpunkt bleibt.

Amerika.

→ Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ bringt eine Meldung aus New York, nach der Bryan in einer seiner letzten Agitationsreden in Washington die Arbeiter aufforderte, dem Krieg durch allgemeine Verweigerung der Munitionserzeugung in den Vereinigten Staaten ein Ende zu machen. Der „Herald“ hält eine vorübergehende Bekräftigung der Munitionserzeugung für sehr wahrscheinlich, da die Deutschen und Japaner eine große Propaganda für diesen Plan Bryan aufgenommen haben. In den Waffenfabriken von Bridgeport streiken bereits an 8000 Arbeiter, in den Waffenfabriken von Connecticut an 9000 Arbeiter. Die bekannten großen Remington Munitionsfabriken zeigen an, daß sie den Betrieb vorläufig nicht wieder aufnehmen können. 5000 Arbeiter der Standard Oil Company in Bayonne (New Jersey), die beim Laden der Schiffe für die Ausfuhr beschäftigt sind, haben die Arbeit niedergelegt. Sechs Schiffe konnten nicht abfahren.

→ Im englischen Unterhause wurden die verlangten Kriegskredite einstimmig bewilligt. Aus der Rede, die Asquith zur Begründung dieser Vorlage hielt, sind folgende Sätze bemerkenswert: „Die Kriegskosten werden steigen und auch die den Alliierten zu gewährenden Darlehen werden vermutlich zunehmen wegen der Teilnahme von Staaten auf Seiten der Entente, die bisher außerhalb des Krieges geblieben sind.“ — Was Asquith mit den angeführten neuen Bundesgenossen auf Seite des Buerverbandes meinte, weiß man nicht. Ob die Hoffnungen des Ministerpräsidenten bereits auf so fernem Grunde stehen oder ob er den Parlamentsmitgliedern nur Mut machen wollte, steht ebenfalls dahin.

Japan.

→ Über einen Infanteriekrieg Japans gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gehen allerlei Andeutungen durch die Presse. So schreibt die Petersburger „Njtsch“: Da Japan seit Holkeit in der Welt das einzige Land durch die japanische Politik militärisch geworden, Amerika direkt feindlich gemacht worden sei, auch Japan Anstalten an Russland, nachdem der Gegenangriff im Osten ausgefallen sei und Japan nichts gegen die Politik der Türkei gegenüber einzuwenden habe, auf die jetzt Russland das Hauptgewicht lege. Bisher sei einem Bündnis die Erinnerung an den früheren Krieg hinderlich im Wege gewesen. Jetzt wolle Japan Rückendeckung an Russland haben, um seine ganze Energie auf den Kampf gegen Amerika verwenden zu können. — In England macht man sich Hoffnungen über den neuesten Plan Japans, eine chinesisch-japanische Bank mit einem Kapital von 5 Millionen Pfund Sterling zu gründen. Davon sollen die chinesische und die japanische Regierung 30 Prozent übernehmen, um China im japanischen Interesse auszubilden. Keine chinesische Regierung könnte einen solchen Plan annehmen, der die Parteilichkeit der japanischen Politik kennzeichnet.

Aus In- und Ausland.

Krasau, 22. Juli. „Roma Reforma“ meldet indirekt aus Petersburg über neue Vorkämpfer in der Babors-Vorstadt, wo sich deutsche Fabriken befinden. Aber auch französische Fabriken wurden dem Vöbel völlig ausgeraubt.

Wien, 22. Juli. Der Direktor der ungarischen Staatsschuldenverwaltung Dr. Szynow ist in Wien eingetroffen. Er hat mit hiesigen Finanzinstituten Fühlung genommen und ist nach Berlin weitergereist.

Berlin, 22. Juli. Der „Tribuna“ wird aus Brindisi gemeldet: Die Forderung einer griechischen Intervention zugunsten des Buerverbandes ist auf ein Minimum gesunken. Der deutschfreundliche Hof und Generalstab stehen der Vorkämpferischen Kammermehrheit schroff gegenüber.

Haag, 22. Juli. Infolge der unerwartet großen Nachfrage nach der Ausfuhrerlaubnis für lebende Schafe mußte von dem Plane, die Ausfuhr zu gestatten, Abstand genommen werden. Die Grenzen bleiben daher für lebende Schafe geschlossen.

Petersburg, 22. Juli. Ein Ukas des Zaren ordnet die Einberufung der Duma für den 1. August an.

Wieviel ist eine Milliarde?

(Auf eine Kriegsbetrachtung)

Manche Leute sehen aus, als ob sie nicht drei zählen könnten, womit belagt sein soll, daß sie recht harmlos und simpel dreihundert. Andere Leute, wie einige auf ganz anderer Sittungsstufe stehende wilde Stämme Südamerikas, können zwar bis drei, aber nicht weiter als bis fünf oder sechs zählen. Was darüber hinausgeht, nennen sie einfach „viel“, und ihre Sprachen haben keine eigenen Bezeichnungen für höhere Zahlen.

Die gestellte Menschheit kann viel weiter zählen und seit die Kriegsburie durch die Welt tobt, ist das Rechnen mit Milliarden gleichsam zum täglichen Brot geworden. Könnte nun einer von uns klugen, gestifteten Kulturmenschen bis zu einer Milliarde zählen? Gewiß! Aber er müßte dieser Verrichtung sein Leben ausschließlich widmen und dürfte keinerlei Nebenbeschäftigung haben. Vorstellen läßt sich eine Milliarde ohne weiteres nicht. Man kann der Vorstellung dieses Ungetüms nur auf Umwegen in die Nähe kommen.

Unsere Zeit hat in Amerika wirklich Vermögen in der Hand einzelner vereinigt, die mit dem Maß von einer Milliarde, d. h. tausend Millionen Mark zu messen sind. Wäre es nun zur Zeit von Christi Geburt einem Manne gelungen ein Vermögen von einer Milliarde Mark in barem Geld zu erwerben, so hätte er ohne es auf die Bank zu tragen und ohne einen Pfennig Zinsen mit keinem Mammon zu machen, auch bei sehr ärmlichem Lebenswandel, keine Zukunftsorgen für seine Familie gehabt. Wenn die Erben dieses Mannes eine Mark pro Minute, also sechzig Mark pro Stunde, 1440 pro Tag und somit ein Jahreseinkommen von 518 400 Mark aus dem Schatz entnommen hätten, so hätten sie das Familienvermögen erst vor etwa zwanzig Jahren erschöpfen können. Denn vom Jahre 1 bis zum Ende des laufenden Jahres sind nur eine Milliarde sechs Millionen fünfhundertvierundzwanzigtausend Minuten verstrichen.

Und daraus läßt sich ohne weiteres erkennen, warum der kluge KulturEuropäer, der bis zu einer Milliarde zählen wollte, daraus seine Lebensaufgabe machen mußte. Angenommen, er bränte sich zum Ausreden von jeder — sehr bald umgebenen — lang werdenden — Bitter eine Sekunde und würde tagtäglich zwölf Stunden lang zählen, so bräunte er rund 92 Jahre, um seine Aufgabe zu erfüllen und wäre natürlich wohl in den siebziger Jahren, ehe er stolz die Schlüsselfer aussprechen könnte. Viel länger würde er einen so schweren und eintönigen Beruf auch kaum ertragen, und das „Gewiss“, auf die Frage ob ein